Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 24 (1928)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Ed.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-595155

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Wir pflegen unsere Umschau, wie billig, in der deutschschweizerischen Heimat zu beginnen. Sehr befriedigend und verheißungsreich war dieser Beginn in den letzten Jahren nicht. Ist es nun bloßer Zufall oder Zeichen einer wirklichen Besserung, wenn wir diesmal einige Preßäußerungen erwähnen können, die etwas mehr Hoffnung geben? Wir wissen ja wohl, daß der stärkere oder geringere Gebrauch von Fremdwörtern nicht der Maßstab für die bessere oder schwierigere Lage unserer Muttersprache ist, aber die Stellung, zumal der Presse, zur Bewegung gegen das Fremdwort ist bei uns in der deutschen Schweiz immer ein wichtiger Hinweis auf die Wertschätzung, die man dem Schicksal der Muttersprache entgegenbringt. Da liegen nun aus dem laufenden Jahre einige ermutigende Tatsachen vor. Und es ist erfreulich, hier gleich mit dem Kanton Zug anfangen zu können, obgleich er nach dem ABC der zweitletzte und an Gebietsumfang der letzte Ganzkanton ist. Im „Zuger Volksblatt" vom 3. August (nachher auch in der „Davoser Zeitung" abgedruckt) ist ein Aufsatz zu lesen: Ein Stück Erwachsenenbildung, worin warm und kräftig für die bessere Ausbildung der Heranwachsenden und der Erwachsenen in der hochdeutschen Form der Muttersprache geworben wird. Der Verfasser bezieht sich darin übrigens auf die Beilage „Kaufmännische Praxis und Fachbildung" zu dem bekannten „Kaufmännischen Zentralblatt" in Zürich, dem wir schon in frühern Jahren wertvolle Unterstützung unserer Bestrebungen zu verdanken hatten. Er klagt darüber, daß der deutsche Schweizer dem Gebrauch des Hochdeutschen ausweiche, und nennt diesen Zustand eine Not. Er fragt, ob es nicht Aufgabe der Volksschule sei, dem bildungshungrigen Volke, statt von den Babyloniern und Assyrern zu berichten, lieber Unterricht über die Schönheiten der deutschen Sprache zu geben oder über die Pflege des deutschen Stils oder über den Stil Gottfried Kellers? Er spricht tadelnd von „gewissen Müttern, die meinen, deutsch könne ihr Kind schon lange, und es nicht früh genug aus der Schule reißen können, um es im Welschland die „Sprache" erlernen zu lassen", und tadelt auch die Fremdwörter. Wieder dem „Zuger Volksblatt" (21. Herbstmonat) entnehmen wir, daß hier ein Vortrag

über den kaufmännischen Briefstil stattgefunden hat; der Redner, H. Eggenberger, hat, nach dem Berichte des Blattes, den Gegenstand ganz in unserem Sinne behandelt. Denselben Geist atmen zwei kürzere Aeußerungen aus dem Nachbarländchen Glarus. Zwei Mitarbeiter an den „Glarner Nachrichten"(13. und 18. August) treten für die „Hochhaltung der reinen, unverfälschten deutschen Sprache" ein, wobei Bezug genommen wird auf einen Aufsatz des Glarner Lehrers, unseres Mitgliedes, Otto Berger in der „Schweizerischen Lehrerzeitung" über „Friedrich Nietzsche und den deutschen Sprachunterricht". Im „Schweizerischen Volksblatt vom Bachtel" (20. April) wehrt sich einer in einem längeren Aufsatz eifrig für die Sache der Sprachreinigung und zugleich gegen den Verdacht, daß er etwa zum Deutschschweizerischen Sprachverein gehöre; es ist eine Widerlegung eines kurz zuvor in demselben Blatt erschienenen fremdwörterfreundlichen Aufsatzes. Auch die „Zürichsee-Zeitung" (18. und 27. Herbstmonat) tritt für sprachlichen Heimatschutz ein; besonders mutig ist es, daß die Wörter Bappi und Mammi angegriffen und Vater und Mutter empfohlen werden, mutig deshalb, weil wir schon soweit sind, daß viele Bappi und Mammi als anheimelnd schweizerisches Sprachgut ansehen; hier kommt gesunder Sprachgeist zum Wort. Ebenso und ganz ungewöhnlich kräftig in einem der Technik gewidmeten Beiblatt der „Neuen Zürcher Zeitung" (4. Jänner); da werden gut begründete Einwände gegen das „Technische Kauderwelsch" vorgebracht und für ungeschickte Verdeutschungen, die vorher einmal gerügt worden waren, diejenigen verantwortlich gemacht, die Fremdwörter aufbringen. Da in der „N.-Z.-Z." wie in andern größern Zeitungen der Schweiz oft genug der entgegengesetzte Standpunkt zum Wort gekommen ist, nicht immer leidenschaftslos und verständig, so freuen wir uns, diesmal Besseres berichten zu können. Für das Kauderwelsch, das zurzeit noch herrscht, setzt sich ein die „Seeländer Volksstimme" (16. Hornung). Dieses Bieler Blatt wendet sich ausdrücklich gegen die Bestrebungen der Herren Küenzi und Baumgartner im Bieler Jahrbuch und wehrt sich für den Sprachmischmasch. — Ein alter Gegner grimmigster Art sind für die Sprachreinigung die „Republikanischen Blätter"; er übertreibt nicht nur, er sagt Unwahres, aber sehr ernst nehmen wir ihn nicht, wenn er wieder einmal (7. April) gegen die Bundesbahnen loszieht und sie beschuldigt, es mit der Verdeutschung ärger zu treiben als Potsdam.

Lehrreich und in ihrer Deutlichkeit vorzüglich, wenn auch inhaltlich für uns nicht ganz neu, ist, was die „Basler Nachrichten" (14./15. Jänner) über die nach Basel kommenden welschen Schülerinnen zu sagen wissen:

Unsere Schulen und die Welschen.

(Korr.) In Nummer 7 der «Basler Nachrichten» erfahren wir, daß die Sekundarschule ihre Fremdenklasse für welsche Schülerinnen zu organisieren gedenkt. Wir erinnern daran, daß die Töchterschule seit einer Reihe von Jahren auch eine sogenannte «welsche Klasse» führt, die sich bis zum letzten Jahr eines steigenden Besuches erfreute (24 Schülerinnen). Es besteht keine Konkurrenz zwischen den beiden Fremdenklassen. Die Töchterschule setzt bei ihren welschen Schülerinnen zehn Schuljahre und Sekundarschulbildung voraus, während die Sekundarschule jüngere, noch im schulpflichtigen Alter stehende Mädchen aufnimmt. Wenn in diesem Jahr die Schülerinnenzahl abgenommen hat, so glauben wir den Hauptgrund darin suchen zu müssen, daß die Mädchen sich neuerdings viel eher nach Deutschland wenden, wo sie rascher und leichter deutsch lernen. Der Einsender in Nummer 7 schreibt, daß der Aufenthalt junger Welschschweizerinnen auch eine wirtschaftliche Seite habe, indem sie als Konsumentinnen Verdienst schaffen.

Damit ist eine Einstellung gekennzeichnet, die über der wirtschaftlichen Frage oft vergißt, daß wir, vor allem die Pensionseltern, die Verpflichtung hätten, mit den jungen Fremden Hochdeutsch, und zwar richtiges Hochdeutsch, zu reden und diese selber dazu anzuhalten. Die Welschen klagen sehr oft darüber, daß sie in Basel außerhalb der Schule fast ausschließlich Dialekt und — Französisch zu hören bekämen. Sobald sie in einem Geschäft, auf der Straße, in Gesellschaft und Tanzstunde nur den Mund auftun, wird ihnen auf französisch geantwortet; denn in Basel profitiert man gerne von jeder Gelegenheit, französisch zu sprechen. Dabei lernen die Welschen aber nichts. Zugestanden, daß sie selber meistens wenig Initiative und Ausdauer zeigen und im Augenblick noch so froh sind, wenn man ihnen die Anstrengung, deutsch zu sprechen, erspart. Sie bringen unserer Sprache längst nicht die Sympathien entgegen, die wir für die französische haben. Aber nachträglich versäumt keine, den Vorwurf zu erheben, daß man zwar ihr Geld annehme, ihr aber dafür Französisch und Dialekt gebe.

Wer eine welsche Pensionärin aufnimmt, wird eben auch sein Tischgespräch so führen müssen, daß sie daran teilnehmen und sich dabei in der fremden Sprache üben kann. Geschieht dies nicht, so wird die Arbeit der Schule unendlich erschwert, und zudem fühlt sich die Pensionärin fremd und lebt sich schwer ein. Meistens kommen die jungen Welschen mit lächerlichen Vorurteilen gegen Sprache und Menschen. Es ist eine sehr hübsche und lohnende Aufgabe, ihnen im Laufe ihres Pensionsjahres eine andere Meinung beizubringen und sie zu gewinnen. Aber dazu gehört noch mehr, als bloß eine Konsumentin bei sich aufzunehmen. Zum Lobe der jetzigen Pensionseltern sei beigefügt, daß im laufenden Schuljahr zum erstenmal kein Grund zu Klagen vorhanden ist, wofür sowohl die Welschen als die Schule sehr dankbar sind. P. M.

Hier mag noch vermerkt werden, daß auch die Kantonale Handelsschule in Zürich letztes Frühjahr eine Sonderklasse für Welsche bekommen hat, in der auf Kosten anderer Fächer die Stundenzahl für Deutsch vermehrt ist.

Wichtiger als das ist uns jedoch der Fortgang der voriges Jahr besprochenen Bewegung in Biel, denn hier geht es ums

Ganze: das innere Verhältnis des Schweizers als Schweizer zu seiner Muttersprache und der des Landsmannes. Da stimmt eben etwas nicht. Die deutschen Schweizer haben sich in gänzlich unwahre Stimmungen hineinschwindeln lassen. Die Presse („Der Beobachter" vom April) berichtet von den Berner Aufführungen des Schauspiels „Helden" von Bernhard Shaw. Bei der Stelle, wo der Schweizer sagt: „Und ich habe drei Muttersprachen", erfolgte jedesmal starker Beifall bei offener Szene, was bei den Bernern sonst ganz selten vorkommt. — Wie ist es möglich, daß eine ganze Menge von Menschen sich einbildet, sie hätten drei Muttersprachen? Muttersprache gibt es nur eine für jeden Menschen, und wer das bestreiten wollte, wird doch zugeben, daß ein Mensch nur die Sprache seine Muttersprache nennen kann, die er versteht und spricht, daß aber die Berner Theaterbesucher zum kleinern Teil italienisch verstehen. So weit sind wir nun also, daß bei uns zahlreiche Leute sich einbilden, sie hätten eine Muttersprache (oder zwei), die sie gar nicht verstehen. Das ist der Erfolg der Unwahrhaftigkeit, mit der seit Ausbruch des Weltkrieges bei uns diese Dinge in der Oeffentlichkeit behandelt werden. Diese Eiterbeule stechen die tapfern und klardenkenden Männer auf, die 1927 und 1928 im Bieler Jahrbuch der Sprachnot der Stadt Biel zu steuern. suchen, indem sie zunächst einmal die richtigen Fragen stellen. Ueber den Anfang der Bewegung haben wir voriges Jahr berichtet. Das Jahrbuch 1928 hat eine Fortsetzung und Erweiterung gebracht. Diesmal haben zwei bekannte Berner Hochschullehrer das Wort bekommen, Otto von Greyerz und Gonzaga von Reynold, die ihre Aufsätze, der eine „Sprachkultur, Gedanken über die Sprachpflichten des Schweizers in zweisprachigem Gebiet", der andere „Sur le bilinguisme" überschreiben. Alle vier Stimmen sind einig in ihren Forderungen: zunächst in Biel, aber auch weiterhin in der Schweiz überhaupt, ist der Kampf gegen die Sprachmischung zu eröffnen, Sprachmengerei, Doppelsprachigkeit in Erziehung, Familie und Oeffentlichkeit zu meiden, jeder in seiner Muttersprache sorgfältig zu schulen, dem guten Französisch und der hochdeutschen Schriftsprache die höchste Aufmerksamkeit und Liebe zuzuwenden und alles Dicketun mit fremden Sprachkenntnissen zu verwerfen. Hören wir einige Sätze Reynolds: „Sprachmischung ist wie alle Sprachverderbnis eine Niedergangserscheinung ... Die Sprachmischung verrät einen falschen Begriff von geistigem Fortschritt und Bildung ... Wenn

man sich gewöhnt hat, sich ungenau und unrichtig in zwei verschiedenen Sprachen auszudrücken, so ist dies nicht Verstärkung, sondern Zerfall der Bildung." Und Prof. von Reynold stellt zwei Forderungen auf: die zwei Sprachen auseinanderzuhalten (séparer) und den Sprachunterricht zu vertiefen (intensifier). Und weiterhin: „Es ist ein Vorurteil, zu meinen, jeder junge Schweizer sollte zugleich Deutsch und Französisch lernen, und das womöglich schon in der Familie oder in der Wiege. Meint man etwa damit das berühmte „gegenseitige Verständnis" zu begünstigen, den Patriotismus zu stärken? Der Mischmasch (la confusion) ist niemals ein Verständigungsmittel, und man kann sich verstehen, ohne dieselbe Sprache zu sprechen.... Um guter Schweizer zu sein, um selbst einen nationalen Wert darzustellen, muß man zuerst in ganzer Fülle sein, was man ist, muß in einem Boden verwurzelt sein; anders ausgedrückt: man muß der Schweizer einer Sprache, seiner Sprache sein, nicht ein Zwitter von der Art, deren Zunahme eine Gefahr für den Bestand der Schweiz ist, weil sie eine Gefahr für ihren Geist ist". Die zweite Sprache müsse später gelernt werden, als es gewöhnlich in den Schulen geschehe; es sei unnütz, eine Sprache ebenso gut können zu wollen wie die andere, meint Reynold. Auch führt er aus, daß das Hochdeutsche dem Französischen näher stehe und für den welschen Schweizer mehr geistigen Wert habe als das Schweizerdeutsch.

Man mache sich in der deutschen Schweiz klar, daß es einer der geistigen Führer unserer welschen Landsleute ist, der so spricht; man nehme hinzu, daß Otto von Greyerz gleichzeitig im selben Sinne das Wort ergreift, und man vergleiche nun damit, wie seit Jahren bei jeder Gelegenheit unsere gelesensten Zeitungen Doppelsprachigkeit, Sprachvermengung, Fremdwörterbrauch als schweizerischen Nationalkitt anpreisen.

Lehrreich ist die Zustimmung und das Aufsehen, womit Reynolds Ritt gegen die Doppelkultur in der französischen Presse der Schweiz aufgenommen worden ist. Wochenlang wurde la crise du français behandelt und in allen Tönen contre le bilinguisme Sturm geblasen. Nicht alle haben verstanden, was Reynold will, und einige haben es vielleicht auch nicht verstehen wollen. Reynold denkt nicht daran, wegen der Beschmutzung (contamination) seiner Muttersprache uns deutschen Schweizern einen Vorwurf zu machen, wenn er auch deutlich durchblicken läßt, daß wir besser täten, nicht bei jeder Gelegenheit unser vermeintlich gutes, in Wahrheit jäm-

merliches Französisch anbringen zu wollen. Von ihm (und auch von Adolf Küenzi) lernen wir, daß es für die französische Sprache und Bildung von Vorteil ist, wenn wir deutsche Schweizer mit Sorgfalt unsere Muttersprache lernen und gebrauchen und das unbefugte Welschen, weil uns doch nicht gelingt, lieber aufgeben. Es ist bedauerlich und zugleich sinnlos, wenn nun von andern Welschen als bilinguisme, Zweisprachigkeit die Einwanderung deutscher Berner in den welschen Jura bekämpft wird. Und bei einigen geht die Abneigung gegen alles Deutsche bis zum Haß gegen ... die Schweiz; etwas anderes ist es doch nicht, wenn der Mitarbeiter Alfred Lombard der „Gazette de Lausanne" (5. Februar) schreibt: „Um französisch zu sprechen, muß man französisch denken. Aber wie könnte man französisch denken in einem Land, dessen politische Hauptstadt und wirtschaftlicher Mittelpunkt deutsch sind?" Adolf Küenzi antwortet ebenso fein wie deutlich (19. Februar): „Ich lehne es ab, die Folgerungen daraus zu ziehen." Seine Antwort, höflich als Ergänzung auftretend, ist voll trefflicher Gedanken, sie ist auch voll echt schweizerischer Weitherzigkeit und Gerechtigkeit gegen uns und unsere deutsche Muttersprache. Aber auch Lombards übers Ziel schießende Réflexions sur le bilinguisme, denen das Lausanner Blatt den Ehrenplatz an erster Stelle einräumt, geben zu denken. „Vor allem sollte man nicht sagen, es gebe in der Schweiz keine Sprachenfrage, eine Behauptung, die häufiger als je gehört wird, seitdem es Mode ist, uns den Völkerbund zu zeigen, wie er die Welt nach schweizerischem Muster erneuern wird. Die Sprachenfrage ist da, und man bringt sie nicht weg dadurch, daß man sie in Abrede stellt, so wenig wie man mit Redensarten den Wettstreit der Völker aus der Welt schafft," so sagt Lombard, und die andern Beteiligten, Reynold, Küenzi, Greyerz, Baumgartner, sind derselben Meinung, nur daß Lombard die deutschen Landsleute, die Eidgenossenschaft und ihre Verwaltungen als eine Art Schädlinge anklagt, die Bieler und Berner Gelehrten dagegen die Meinung vertreten, deutsche und welsche Eidgenossen seien infolge ihres Zusammentreffens und -lebens vor dieselbe Aufgabe sorgfältiger Pflege ihrer Muttersprache gestellt. Ihre Forderungen sind ein Ausfluß von Liebe zur eigenen, nicht von Haß gegen die fremde Art.

„Die Sprachenfrage ist da und darf nicht weggestritten werden" — tönt es uns auf Französisch aus Lausanne, Bern und Biel entgegen und auf Deutsch aus Bern und Biel. Es gehört Mut dazu,

das zu sagen; allzulange bekam einen patriotischen Rüffel, wer derartiges aussprach oder auch nur andeutete. Diesmal wird man sich sachlich mit den Rufern im Streit auseinandersetzen müssen.

Wie schwer unsere Lage ist, die Lage der deutschen Schweiz, sieht man eben daraus, daß die öffentliche Meinung der deutschen Schweiz von der Bieler Bewegung noch fast gar nicht Kenntnis genommen hat. Auch hier wieder das alte Schauspiel: Die Welschen kümmern sich um ihre Muttersprache, die Deutschen nicht. Das ist das Unerfreuliche an dieser erfreulichen Bieler Erfahrung. Daneben soll es uns wenig anfechten, wie sehr die welsche Seite auch hier wieder über die Stränge geschlagen hat.

Doch ist es ein starkes Stück und wirklich welsche Tücke, wenn dann von der Schweiz aus an französische Zeitungen des Elsasses der Kampf Reynolds gegen die Doppelsprachigkeit so hingestellt wird, als ob damit die Einführung des Deutschen als einer zweiten Sprache in die elsässische Schule bekämpft werden könnte!

Sonst wäre als Sprachenstreit von der französischen Seite her nur noch kurz zu erwähnen, daß im neuenburgischen Stadtrat der Antrag gestellt, aber abgelehnt worden ist, es solle auf den Wegweisern der deutschen Nachbarkantone künftig statt Neuenburg Neuchâtel geschrieben werden. Der welsche Föderalismus hat gefühlt, daß die Sache gefährlich werden könnte, wenn man auf deutscher Seite Gegenrecht verlangen wollte. (Basler Nachrichten vom 11. Wintermonat 1927, Bund vom 18. Wintermonat 1927).

Fortwährend in lebhafte Bewegung versetzt sieht sich die gesamte schweizerische öffentliche Meinung durch das, was in den Kantonen Tessin und Graubünden vorgeht. Ich nehme Graubünden vorweg und beginne mit einer weniger wichtigen Angelegenheit: im Nationalrat stellte ein Bündner das Begehren, bei eidgenössischen Abstimmungen möchte den Räteromanen ein Stimmzettel in ihrer Muttersprache in die Hand gegeben werden. Der Bundesrat sprach sich dagegen aus, weil die Bundesverfassung nur drei Nationalsprachen anerkenne; der Nationalrat nahm die Forderung trotzdem an, der Ständerat lehnte sie hernach ab. (La Suisse, 18. April; Gazetta Ticinese, 18. April; Gazette de Lausanne, 5. Brachmonat; Schweiz. Republikanische Blätter, 30. Brachmonat). Wir sind stets für jedes Entgegenkommen, wenn es sich um die Bündner Romanen handelt, begrüßen es aber, daß der Bundesrat und der Ständerat nicht der Verfassung zuwiderhandeln wollten. — „La Suisse“

überschreibt ihren Bericht: Trois langues, et c'est assez; das ist gewiß kein unberechtigter Standpunkt.

Nun ist aber eine andere Frage aufgetaucht: Zuerst von dem Misoxer Blatte La Voce della Rezia ist der Gedanke einer Rezia latina unita angeregt worden, und die räto-romanischen Zeitungen Graubündens haben ihn zustimmend aufgegriffen. Die Romanen sollen sich für die Stärkung ihrer Stellung mit den italienischen Bündnern und weiterhin mit den Tessinern zusammenschließen, in den Schulen mehr und besser italienisch lernen, italienische Vorträge veranstalten und bei den Behörden gemeinsam für die verstärkte Benutzung der italienischen und der romanischen Sprache wirken. Es ist ein Dr. Reto Bezzola, der der Forderung festen Ausdruck verlieh. Natürlich wird behauptet: „dieser rätolateinische Block wird nie eine Spitze gegen die deutschen Volksgenossen enthalten", aber derselbe Verfechter des Gedankens (Oskar Alig im Luzerner „Vaterland" vom 21. Herbstmonat) sagt doch: „Das Deutsche sollte bei einem lateinischen Volke nicht kulturell allmächtig sein", er spricht von einer nötigen „Verminderung des deutschen Einflusses in der Schule", und bei der Besprechung der Angelegenheit ist das Deutsche „der gemeinsame kulturelle Feind" der italienischen und der romanischen Bündner genannt worden. Nun kann man gewiß „das Deutsche" den Feind nennen und dabei die deutschen Mitbürger freundlich behandeln, aber ein Kampf gegen eine Sprache und Kultur als den Feind und Eindringling muß zugleich gegen die Träger dieser Sprache und Kultur geführt werden, und schon jetzt, noch vor dem Kampf, bei der ersten, noch tastenden Besprechung der Angelegenheit, sind die gehässigsten Stimmungen laut geworden. Dazu kommt: Dieser Anschluß Graubündens an Bellenz und an die italienische Kultur ist eine oft ausgesprochene Forderung der italienischen Nationalisten in Mailand und Rom, ist dort ausgeheckt worden, und die Voce della Rezia zählt zu ihren Mitarbeitern den bekannten Landesverräter Emil Colombi und zieht an einem Strick mit den Leuten von der Adula. Da wird bereits im faschistischen Stile von der großen Vergangenheit geredet, als die lateinische Kultur bis zum Walensee und Bodensee gereicht habe, auch von Festigung und Wiedereroberung des Verlorenen. Wenn dann wieder vom Willen zur „Wahrung der Selbständigkeit nach Süden wie nach Norden" die Rede ist und den Deutschbündnern gute Worte gegeben werden, so beweist das nur, daß die Be-

wegung nicht von allen Beteiligten gleich aufgefaßt wird. Die ganze Sache ist recht betrüblich. Noch gibt es eine Ecke in Europa, wo das Zusammenleben der Sprachen völlig ungetrübt ist, wo die Mehrheit der Minderheit nicht nur kein Leid antut, sondern sich einmütig für die Erhaltung und das Gedeihen der Minderheitssprache einzusetzen bemüht ist. Und nun läßt es dem bösen Geiste, der die Völker zu vernichten sucht, keine Ruhe: auch dieses einzigartig gute Verhältnis muß er stören und vergiften.

Die Sache steht noch im ersten Anfang. Die Lia romantscha und die Union dels Grischs haben eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Wir hoffen noch, daß sie den Versucher abweisen werden. Sie müssen doch wissen: Das Italienertum bedeutet den sichern Tod des Räteromanentums, und sie wissen auch: wir deutsche Schweizer sind alle bis auf den letzten Mann gewillt, ihrem Volkstum nichts in den Weg zu legen, das uns als ein Stück Schweizertum lieb ist und achtungswert wie die eigene Muttersprache. (Ueber die Angelegenheit: „Züricher Post" vom 28. und 27. Heumonat, vom 21. und 26. Herbstmonat und vom 17. Weinmonat, „Vaterland" vom 21. Herbstmonat).

Mit dem Kanton Tessin sind wir jetzt glücklich so weit, daß dort von der mehrheitlich deutschen Eidgenossenschaft verlangt wird, sie solle Geldmittel aufwenden, um den Kanton vor den eingewanderten Deutschschweizern zu schützen, d. h. um deren Einschmelzung zu fördern. Nachdem die gemischtsprachigen oder deutschen Bahnschulen aufgehoben worden sind, weil die Eidgenossenschaft verfassungsgemäß keine Volksschulen unterhalten dürfe, wird jetzt verlangt, die Eidgenossenschaft solle dem Kanton Tessin für seine Volksschulen Geldmittel bewilligen, damit er das Deutschtum abwehren könne; diesmal darf sich die Eidgenossenschaft um die Volksschule kümmern! Und die deutsche Mehrheit ist durchaus geneigt, die Forderung anzuerkennen. Es gibt auf Erden ein Volk, das die Pflicht anerkennt, seine Kinder auf seine Kosten sich zu entfremden. Das ist das Volk der deutschen Schweizer. Und als Dank muß es sich gefallen lassen, daß ihm böswillige Germanisierungsabsichten fortwährend nachgesagt werden. In einer Versammlung, die von dem Verein Pro Ticino einberufen war, hat in Basel (siehe „Basler Nachrichten" vom 15./16. Herbstmonat) eine lehrreiche Aussprache stattgefunden. Ein Solothurner, namens Brosi, hat dabei sehr wertvolle Aufschlüsse über das bekannte Hetzblatt Adula ge-

geben, dessen ärgsten Uebertreibungen widersprochen, ihm aber sonst weitgehend recht gegeben. Er forderte „eine kluge Tessiner Politik des Bundes", nämlich: „Respektierung und Wahrung der Eigenart, Assimilierung der Deutschschweizer, Bekämpfung der wirtschaftlichen Not, Erfüllung der ethnischen Forderungen; der Staat muß den Boden den Kindern des Landes erhalten, Kontingentierung der art- und landesfremden Elemente". Ich habe wörtlich angeführt, was der Bericht sagt. Also: Der Bund soll die in den Kanton Tessin einwandernden Deutschschweizer assimilieren. Und noch schöner: er soll sie kontingentieren! Weiß dieser Brosi, was er gesagt hat? Die Freizügigkeit innerhalb der Eidgenossenschaft, eine Forderung, für die jahrzehntelang gekämpft worden ist, bis sie 1848 in der Bundesverfassung verankert wurde, soll jetzt auf einmal aufgehoben werden? Wenn eine Luzerner oder Schaffhauser Familie sich in Lugano niederlassen will, soll sie das nur dürfen, sofern das „Kontingent" d. h. eine gesetzlich zulässige Zahl von tedeschi nicht schon voll ist. Es fehlt nur noch die Paßkontrolle in Airolo! Bekommt sie aber die Erlaubnis, so hat der Bund, nach Herrn Brosi, die Verpflichtung, die Assimilierung dieser Kinder zu besorgen: „Kommt, Kinder, ich, Mutter Helvetia, mache euch zu italienischen Schweizern, das ist meine Aufgabe als Eidgenossenschaft". Und wozu das alles? „Um den politischen Wahn der Adula zu zerstören", gibt Herr Brosi an. Als ob es sich da um einen Wahn handelte, den die Adula aufzugeben bereit wäre, und nicht um eine Wühlarbeit mit dem Ziele, die Ablösung des Kantons von der Schweiz vorzubereiten! Herr Brosi sagt uns ja selbst, daß die Adula dafür arbeite.

Im Ständerat hat der Tessiner Bertoni folgende sogenannte Interpellation eingereicht, die zwar nicht bis zur „Kontingentierung", aber sonst ganz in der Richtung des Herrn Brosi geht. Sie lautet (Luzerner Tagblatt, 22. 6. 28):

„1. Welche Maßnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen oder anzuraten, um die Anpassung der im Tessin ansässigen Deutschschweizer an die tessinische Bevölkerung, insbesondere im Schulwesen, zu fördern? 2. Welche Maßnahmen gedenkt der Bundesrat von sich aus oder durch Antrag an die gesetzgebenden Räte zu treffen, um dem Begehren der Tessiner Regierung auf Bewilligung eines neuen Bundesbeitrages von 100,000 Fr. zu entsprechen? Dieses Begehren rechtfertigt sich durch die besondern Forderungen, die das Unterrichtswesen an den

Kanton Tessin stellt, ist er doch der einzige Kanton italienischer Sprache und Kultur, dem zudem höhere Bildungsanstalten fehlen.

3. Hält es der Bundesrat für angebracht, den Kanton in der Erfüllung folgender Aufgaben zu unterstützen: a) Errichtung von Spezialklassen, die den Uebergang von den deutschsprachigen Schulen erleichtern, und zwar sowohl für die Elementar-, wie auch für die Sekundarstufe, sowie für den Unterricht im beruflichen Bildungswesen; b) Schaffung von Stipendien für tessinische Lehrer, die sich in der deutschen Sprache auszubilden wünschen, damit sie den unter a bezeichneten Unterricht erteilen können; c) Schaffung von Stipendien für italienisch sprechende Lehrer und für solche schweizerische Lehrer, die in Italien philosophische, sprachwissenschaftliche, kunstgeschichtliche oder pädagogische Hochschulkurse zu besuchen wünschen; d) Errichtung deutschsprachiger Ergänzungskurse, die den Tessinern nach erfolgreichem Besuche des Lyzeums von Lugano gestatten, schweizerische Hochschulkurse, sowie die Kurse der Eidgenössischen Technischen Hochschule, mit sofortigem Erfolg zu besuchen; e) Fortsetzung des Lehrkurses für italienische Kultur, den gegenwärtig der Kanton Tessin in Form öffentlicher Vorträge unterhält, nachdem hiefür provisorisch die Erträgnisse der Dr. Romeo Manzoni-Stiftung zur Verfügung gestellt worden sind; Ausbau des Programms dieses Lehrkurses durch das Studium der größten schweizerischen Schriftsteller und Künstler?"

Mit diesem Versuch Bertonis hängt es zusammen, daß im Tessin selbst die Regierung ein Gesetz über italienische Sprachkurse für Eingewanderte eingebracht hat. Doch erhob sich ziemlicher Widerspruch im Großen Rat, und das Gesetz wurde mit 26 gegen 15 Stimmen abgelehnt, obgleich die Regierung es für dringlich erklärt hatte. („Luzerner Neueste Nachrichten", 4. August).

Im Ständerat wurden Bertonis Fragen bereits behandelt (N. Z. Z. vom 26. Herbstmonat). Bundesrat Chuard versprach wohlwollende Prüfung und Entgegenkommen. „Dem Schulwesen des Kantons Tessin, das tatsächlich besondere Verhältnisse aufweist", sagte der Genannte, „kann im Sinne der Ausführung des Interpellanten aufgeholfen werden anläßlich der Revision des Schulsubventionsgesetzes. Es ist darin vorgesehen, die Subvention pro Kopf der Bevölkerung von 60 auf 80 Rp. zu erhöhen und den Zuschlag für die Gebirgskantone von 20 auf 40 Rp. Außerdem be-

kommen die Kantone Tessin und Graubünden im Verhältnis zu ihrer deutschsprechenden Bevölkerung einen besondern Zuschuß von 20 Rp.", dadurch werde die Gesamtsumme für das Tessin von 15,000 Franken auf 24,300 Fr. erhöht. Das die Entdeutschungsbeihilfe, die das zu 70 Hundertsteln deutsche Schweizervolk dem Kanton Tessin für seine Schulen zu leisten vorhat.

Gehen wir zum Ausland über.

Die Verhältnisse im ehemaligen Reichsland Elsaß-Lothringen haben seit einem Jahr so viel in der Oeffentlichkeit von sich reden gemacht, daß wir eigentlich nicht sehr viel mitzuteilen brauchen. Kurz vor Jahreswende begann die Regierung in Paris ihre, wie sie meinte, entscheidenden Maßnahmen zur Erstickung der elsässischen Heimatbewegung zu treffen. Sie verbot die ihr unbequemen Blätter gestützt auf ein vor 35 Jahren gegen die italienischen Anarchistenblätter erlassenes Gesetz, das ihr das Recht gibt, fremdsprachige Zeitungen zu untersagen. Sie setzte die bekanntesten Führer der Bewegung gefangen, hielt am Weihnachtsabend in Dutzenden von Wohnungen Hausdurchsuchungen und leitete ein umfangreiches Rechtsverfahren gegen die mutigsten Männer des Landes ein. Poincaré begab sich nach Straßburg, hielt eine seiner großartigen Reden und sagte dabei voraus, das Elsaß werde „erschauern", wenn es höre, was die Untersuchungen ergeben hätten. Dann kamen die Kammerwahlen und brachten einen namhaften Sieg der Elsässer, eine furchtbare Niederlage der Regierung: von den Angeklagten wurden mehrere in die Kammer gewählt, obgleich sie und ihre besten Freunde seit Monaten im Gefängnis saßen und keine Werbetätigkeit entfalten konnten. Nach den Wahlen kam die Kolmarer Gerichtsverhandlung, eine schmachvolle Reihe von Ungerechtigkeiten und Ungesetzlichkeiten, die Frankreichs Ansehen im Elsaß, aber auch im Ausland aufs schwerste geschädigt haben. Das ganze Gebäude der Anklagen brach elend zusammen. Allein die Regierung brauchte eine Verurteilung und erreichte es, daß die vier einflußreichsten unter den Angeklagten zu Gefängnis und Aufenthaltsverbot verurteilt wurden; elf Angeklagte gingen frei aus. Zwei der Verurteilten sind neugewählte Abgeordnete. Der Widerhall im Elsaß war so, daß die Begnadigung und Freilassung der Verurteilten nicht lange auf sich warten ließ. Vier in die Schweiz Geflüchtete sind im Abwesenheitsverfahren zu vieljährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Seither wissen unsere Zeitungen öfter von einem

beginnenden Einlenken der Regierung zu berichten, leider ohne daß sich eine Spur davon irgendwo erkennen ließe. Richtig und erfreulich ist dagegen, daß sich öfter als früher in Frankreich einzelne Stimmen hören lassen, die wenigstens etwas von der tatsächlichen Lage des Elsasses anerkennen. So Les Cahiers des droits de l'homme, Nr. 19 auf Seite 439. Es heißt da: „Die Sprachenfrage ist der Ausgangspunkt aller Schwierigkeiten, die zwischen Frankreich und dem Elsaß entstanden sind. Alles andre — politische Mißgriffe, Schwerfälligkeit der Verwaltung und selbst die kirchlichen Kämpfe — ist zweiter Ordnung. Wenn man die Sprachenfrage zur Zufriedenheit der Elsässer lösen könnte, wäre die heute gefährdete Sache Frankreichs gewonnen. Die Sprache, die die Elsässer sprechen und die sie gesprochen haben, seitdem es ein Elsaß gibt, ist das Deutsche. Man behauptet, es sei die Mundart, nicht das Deutsche. Das ist ein Witz; die elsässische Mundart ist eine germanische Mundart, die sich von der Schriftsprache nicht mehr entfernt als die bairische, österreichische, mecklenburgische und andere. Auf deutsch drückt sich natürlicherweise der Elsässer aus, spricht er mit sich selbst, spricht er mit seinem Gott. Wie alle Völker, hängt er leidenschaftlich an seiner Sprache. Und diese Sprache will er sich nicht nehmen lassen. Aber gerade darauf ist Frankreich versessen. .... Angesichts dieser Tatsache wenden sich die Elsässer zur germanischen „Barbarei" zurück. Sie erzählen einem, daß in Lothringen, wo man ebenso sicher französisch spricht wie deutsch im Elsaß, die Deutschen in den Volksschulen die Zweisprachigkeit eingeführt haben. Sie erinnern daran, daß seit 1874 das kaiserliche Theater in Straßburg neben einer deutschen Operntruppe eine französische Schauspielertruppe angestellt habe. Sie schließen daraus, daß der französische Kulturimperialismus herrschsüchtiger und aufsässiger sei, als der deutsche Imperialismus war. Gewiß", so schließt der Verfasser, „liegt in diesen Beschwerden neben unzweifelhaften Uebertreibungen, ein gut Teil Wahrheit". — Erfreulich, aber es ist nur e i n e Stimme und wie zahm! wie weit noch bleibt sie hinter den Tatsachen zurück, und was hat es gebraucht, bis wir sie zu hören bekamen!

Ein Wort noch im Anschluß an das in den letzten Jahresberichten Gesagte: Was wir als nötig, ja entscheidend für eine gute Wendung im Elsaß bezeichnet haben, war immer die Erneuerung der parteipolitischen Führung. Sie schien fast nicht denkbar; jetzt ist sie zum Teil vollzogen. In der großen katholischen

Landespartei ist der volkstümlich und deutsch gerichtete Flügel zur Herrschaft gelangt, die Führer sind zum Teil ersetzt durch neue Leute, die alten Herren müssen sich fügen. Die Radikalen und Sozialdemokraten haben eine vollkommene Niederlage erlitten; neue Namen tauchen auf. Die Besserung ist wenigstens angebahnt.

Aus Südtirol ist wenig zu berichten; die Unterdrückung geht weiter. Zu Beginn des Jahres wurde die Verwelschung der Familiennamen vorgenommen. Steininger wird Sassoli, Gmeiner Maineri, Platzer Piazza. Der Generalsekretär der faschistischen Partei in Rom, Turati, begründet das folgendermaßen: „Italien hat das julische Venezien und das Oberetschgebiet als italienischen Boden mit ethnischem, geschichtlichem, geographischem Recht zurückverlangt. Der Faschismus kann demnach nicht erlauben, daß die neuen Mitbürger in ihren Namen die Spuren der Gewalttaten weiter tragen, denen in der Zeit der fremden Besetzung die Grenzlande ausgesetzt waren". (La Tribuna vom 28. Hornung). Ein Volk wird in seiner eigenen Heimat als fremde Besatzung behandelt, seine tausendjährige Geschichte il periodo della invasione genannt und seine alten Familiennamen als Spuren der Fremdherrschaft getilgt.

Ehe wir von den deutschen Minderheiten Abschied nehmen, sei noch hingewiesen auf eine merkwürdige Fachmännerversammlung, die im April in Luxemburg stattgefunden hat, ein „Kongreß über Zweisprachigkeit". Die Anregung war ausgegangen vom Internationalen Büro für Erziehung in Genf, und der bekannte Schulreformer Pierre Bovet war die Seele des Ganzen. Unter seiner geschickten Leitung scheint die gefährliche Unternehmung friedlich und ohne Vergiftung durch die Politik gelungen zu sein. Allerdings war auch das Ergebnis nicht sehr reichhaltig, und wenn die Arbeit nicht fortgesetzt wird, so kommt nichts dabei heraus. Es ist schon sonderbar und bezeichnend, daß kein Vertreter des doch ganz nahe gelegenen Elsasses anwesend war. Die Notwendigkeit und Durchführbarkeit zweisprachiger Schulung wurde von den luxemburgischen Schulbehörden vertreten, aber die luxemburgische Lehrerschaft, die doch allein darin zuständig ist, kam ungenügend zum Wort; sonst hätte das Urteil über Luxemburg vielleicht anders gelautet. Darauf scheint mir wenigstens der Titel hinzudeuten, den ein luxemburgischer Lehrer, Professor Nikolaus Hein, seiner Artikelreihe über die luxemburgische Schule in der Zeitschrift „Das

Luxemburger Wort" gegeben hat: „Die Folterkammer". Ein Schweizer, der Schulinspektor Möckli von Neuenstadt, machte mit seinen Vorträgen Eindruck. Er forderte entschieden, daß der Unterricht in einer zweiten Sprache erst dann beginnen dürfe, wenn bereits eine gründliche Ausbildung in der Muttersprache vorhanden sei. Mit Genugtuung ersehe ich aus einem der mir vorliegenden Berichte, (Allgemeine deutsche Lehrerzeitung, Berlin, vom 3. Mai; Elsaß-Lothringische Heimatstimmen, Berlin, August-Septemberheft), daß Möckli sich dabei auf die Bieler Bewegung bezog, ein neuer Beweis für die Fruchtbarkeit und Tragweite der Bieler Bestrebungen. Wieviel wissenschaftliche Sachlichkeit in Luxemburg zum Worte kam, zeigt auch, daß der Veranstalter, Prof. Pierre Bovet, die Zweisprachigkeit, die erst durch die Schule entstehe, also das Verfahren der französisch-elsässischen, der kaiserlich russischen, der königlich ungarischen Schulverwaltung als „in jedem Falle krankhafte Erscheinung" bezeichnete. Die entgegengesetzte Meinung kam in Luxemburg ebenfalls zum Ausdruck, aber es tat wohl zu sehen, daß der Geist schweizerischer Billigkeit und Gerechtigkeit hier einmal nach außen gewirkt hat, während er sich leider beim Völkerbund in Genf niemals hervorwagt *). Der diesjährige Minderheitenkongreß in Genf hat ganz deutlich ausgesprochen, daß die Minderheiten beim Völkerbund nicht den gewünschten Schutz finden. Seine nach dreitägiger Aussprache angenommene Entschließung stellt „die mangelhafte Wahrnehmung der vom Völkerbund übernommenen Verpflichtungen" fest und erklärt, daß „das Vertrauen zum Völkerbund als dem Bürgen der Minderheitenrechte schwer erschüttert ist". (Elsaß-Lothringische Heimatstimmen, Oktoberheft). Der Völkerbund ist eben ein Bund von Regierungen, nicht von Völkerschaften, und außerdem geben, wenigstens in europäisch-festländischen Fragen, die Regierungen den Ton an, die gegen die Minderheiten sind, die französische vor allem und ihre Vasallen, die polnische, tschechische, rumänische, und daneben noch die italienische. Diese Leute machen sich die Sache leicht. Minister Briand sagt in seiner großen und scharfen Rede in Genf (N. Z. Z. vom 11. IX.) einfach, vor dem Kriege hätten an die 100 Millionen Menschen als Minderheiten gelebt, auf ihre Schreie habe niemand gehört. „Heute sind es nur noch 20 Millionen Menschen. Die Minderheiten und ihre Hilferufe finden beim Völkerbund

*) Seit unserer Berichterstattung ist erschienen: **Le bilinguisme et l'éducation, travaux de la conférence internationale de Luxembourg.** Genf und Luxemburg. Wir behalten uns vor, auf diesen verbandsamtlichen Bericht zurückzukommen.

ein offenes Ohr und ihre Klagen werden in gerechter Weise untersucht. Wir müssen Sorge tragen, daß die Minderheitenfrage nicht zu einer Bedrohung für die Völker und für die Regierungen, sowie zu einer innern Gefahr wird. Wir müssen sorgfältig die mit diesem Problem zusammenhängende Frage prüfen. Die Minderheiten müssen sich bewußt bleiben, daß ihre Forderungen nicht zu einer Drohung für den Frieden werden dürfen. Es gibt kein Problem, es gibt keine Forderung, deren Erfüllung den Frieden gefährden darf. Von diesem Standpunkt aus wird man an das Minderheitenproblem herantreten". Die alte Geschichte: Die Staatsraison geht ein für alle Mal vor.

Wir haben immer in unserer Uebersicht auch die gegen das französische Uebergewicht kämpfende flämische Bewegung wenigstens kurz berührt. Die flämische Sprache ist der deutschen aufs allernächste verwandt; ihr Kampf ums Recht spielt sich auf einem Stück desselben westdeutschen Volksstreifens ab, dessen südliches Ende die deutsche Schweiz bildet. Das letzte Bollwerk und das festeste war in Belgien für die französische Sprache das Heer. Bis vor kurzem waren alle Versuche der Flamen, ihre Sprache zur Geltung zu bringen, auf dem Gebiete des Heerwesens umsonst gewesen: nur für die Einzelausbildung der Soldaten war sie zugelassen, sonst herrschte unbedingt das Französische, ganz wie das Deutsche im weiland k. k. österreichischen Heere. Nun hat diesen Sommer die Regierung eine Militärvorlage eingebracht, für die sie gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten die Hilfe der flämischen Parteien nötig hatte, und deren Zustimmung konnte sie nur mit einem Gesetz über den Gebrauch der Sprachen im Heer gewinnen. Die Kammerverhandlungen zeigten, wie sehr den Wallonen die geforderte Gleichstellung des Flämischen im Heeresdienste gegen den Strich geht. Ihre echt französische Unlust und geringe Begabung zur Erlernung des Flämischen wird allerdings dazu führen, daß sie künftig nicht mehr, wie seit hundert Jahren, fast allein das belgische Heer in der Hand haben. Aber das neue Gesetz erfüllt ein in der Verfassung verankertes Verlangen der Gerechtigkeit, das längst hätte erfüllt werden sollen, und führt einen Zustand herbei, der dem bei uns herrschenden ähnlich ist. (La Suisse libérale, 18. Herbstmonat; Neue Zürcher Zeitung vom 14. Herbstmonat und 5. Weinmonat). Damit wäre eine Hauptforderung der Flamen endlich verwirklicht, wenn man nicht nach belgischen und anderweitigen Erfah-

rungen fürchten müßte, daß es bis zur tatsächlichen Erfüllung der Vorschriften noch lange gehen wird; es kommt z. B. viel darauf an, von wem und in welchem Geiste die Offiziersanwärter in der Sprache geprüft werden.

Von den Deutschamerikanern wird immer wieder berichtet, daß ihr Aufgehen im Angelsachsentum unaufhaltsam fortschreite (Saarbrücker Landeszeitung vom 11. Christmonat 1927); von den Tschechen, daß sie anfangen den Wert der deutschen Sprache einzusehen und sie, im Gegensatz zu den im übrigen geschätzten westeuropäischen Sprachen, für das tschechische Volk „dem notwendigen täglichen Brot" vergleichen (Deutsche Rundschau vom 18. Christmonat 1927; Bohemia vom 11. Christmonat 1927). Aus Frankreich werden immer wieder Klagen laut, die jungen Leute wollten nicht mehr deutsch lernen und wählten alle das leichtere Englische, so z. B. in einem Aufsatz des Quotidien (3. Herbstmonat) aus der gewandten Feder des Pierre Mille. Er nennt ihn selbst un cri d'alarme, den übrigens vor ihm der Neuphilologenverband (association des professeurs de langues vivantes) ausgestoßen habe. Er gibt als Gründe an: die leichtere Erlernbarkeit des Englischen und der romanischen Sprachen, — und dagegen ist ja nichts zu machen, dieser Umstand wird stets mächtig sein, — ferner die Meinung, das geschlagene Deutschland sei bedeutungslos geworden und brauche nicht mehr beachtet zu werden, — dazu bemerke ich, daß die Franzosen nie gern deutsch gelernt haben und sich meist nur durch den unerwünscht wichtigen Aufschwung Deutschlands nach 1870 dazu haben drängen lassen, — endlich nennt Mille als Grund den aus dem Krieg stammenden Haß: „Man will nichts mehr zu tun haben mit einer Rasse von Mördern und Dieben, die zu uns gekommen sind, um unsere Kinder zu töten, man will alle Brücken abbrechen", — und hierzu ist zu sagen: Herr Pierre Mille hat sich am Haßfeldzug der Kriegsjahre beteiligt und darf sich nicht wundern, daß dieser seine Früchte trägt; man kann nicht einige Jahre lang den Haß predigen, die Minderwertigkeit aller deutschen Kultur verkünden und dann plötzlich erklären: nun ist es genug, lernt jetzt ruhig wieder deutsch. Es braucht, um das Deutsche dem Englischen vorzuziehen, einige Liebe, ein Mindestmaß von Achtung, wenigstens einige Unbefangenheit. Die von Herrn Pierre Mille ins Feld geführten Gründe: es schadet uns, wenn wir nicht mehr deutsch können, man muß wissen, was diese gefährlichen Nachbarn

treiben, für die dieser Verteidiger des Deutschlernens kein gutes Wort übrig hat, — die werden keine genügende Freudigkeit für deutsche Studien erzeugen.

Noch ein Wort über die internationale Geltung unserer Muttersprache. Bei der Interparlamentarischen Union, die dieses Jahr in Berlin zusammenkam, stellte der Vorsitzende der Kommission, ein Holländer, fest, daß alle Mitglieder, Vertreter von 15 Parlamenten, mit der Führung der Verhandlungen in deutscher Sprache einverstanden seien (Züricher Post vom 22. August). — Bei der sogen. Arbeitskonferenz des Völkerbundes in Genf spielt seit Jahren die beantragte Zulassung des Deutschen als dritter Verbandssprache eine Rolle. Da wurde nun diesen Sommer (Berliner Tageblatt vom 15. Brachmonat) folgender Schwank aufgeführt: Die Konferenz behandelte einen von den Arbeitervertretern Jouhaux (Frankreich) und Mertens (Belgien) gestellten Antrag, der feststellt, daß die große Mehrheit der Arbeiter Europas Deutsch verstehe und spreche, und daher vorschlägt, das Deutsche als dritte Amtssprache beim Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes und auf der Arbeitskonferenz einzuführen. Hierzu hatte der italienische Unternehmervertreter Olivetti einen Ergänzungsantrag gestellt, der das gleiche für die italienische und die spanische Sprache verlangt. In der Debatte trat ein portugiesischer Redner in demselben Sinne für die portugiesische Sprache ein, die von 60 Millionen Menschen gesprochen würde, ein niederländischer Delegierter für die holländische, die von 50 Millionen Menschen gesprochen werde. Schließlich wurde der Antrag Jouhaux-Mertens mit dem Zusatz, daß der Verwaltungsrat die Frage unter dem technischen und finanziellen Gesichtspunkte offen lassen und der Konferenz über das Ergebnis berichten solle, mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei stimmten dagegen.

Beinahe lächerlich muten auch die Berichte von einem Zeichenlehrerkongreß in Prag an (Bohemia vom 31. Heumonat 1928). Man höre: Der Vorsitzer begrüßt die Teilnehmer in tschechischer und französischer Sprache. Der Zürcher Professor Specker spricht französisch und deutsch, die tschechischen Amtsvertreter in den „3 Kongreßsprachen und tschechisch"; bei den Verhandlungen führt Specker den Vorsitz, fängt in allen Kongreßsprachen an und bleibt nachher beim Französischen. Es kommt wieder einer mit Tschechisch und Französisch und einer mit den 4 Sprachen. Ein Deutscher spricht

deutsch, ein Amerikaner englisch, ein Engländer englisch, eine Engländerin französisch, ein Kanadier englisch, ein Este estnisch und deutsch (man möchte immerhin verstanden sein!), ein Däne französisch, ein Finne deutsch, ein Franzose französisch, ein Norweger englisch, ein Pole polnisch und deutsch, ein Japaner englisch, ein Schwede deutsch, ein Schweizer namens Bollmann französisch, ein Vertreter der russischen Ausgewanderten russisch, ein Serbe serbisch, ein Deutscher deutsch, ein Franzose französisch, noch ein Deutscher deutsch; ein Tscheche schloß französisch ab. Und das bei der Hitze des vergangenen Heumonats! Aber es hat doch jeder gezeigt was er kann, mancher was er nicht kann, und wohl auch der und jener, was er nicht leiden kann.

Hübsch ist, was eine Zeitung (Der „Wiler Bote" vom 14. Herbstmonat) aus Genf über die Völkerbundsversammlung berichtet:

Neben den Afrikanern, Australiern und den indischen Asiaten sind auch die Chinesen und die Japaner in gebührender Zahl vertreten. China hat ja anscheinend nun etwas Ruhe bekommen und daher ist auch möglich, daß wieder ein chinesischer Delegierter als Ratsmitglied erscheint. Sie sind wirklich elegant, freundlich und zuvorkommend, sprechen zum großen Teil ein perfektes Deutsch und empfinden eine fast kindliche Freude, wenn Deutsche sich ihnen nähern und sich mit ihnen unterhalten. Sie haben eine starke Sympathie für Deutschland und geben dieser Meinung überall offen Ausdruck. Ich hatte Gelegenheit, mich mit Chinas Delegiertem einige Minuten zu unterhalten, sprach ihn französisch an, setzte die Unterhaltung englisch fort, bis er mir mit liebenswürdigem Lächeln in elegantem Hochdeutsch sagte: « Verzeihen Sie, wenn Sie deutsch sprechen, dann reden wir doch in Ihrer Muttersprache ». Und siehe da: Ein Leuchten ging über seine Züge.

Mit zwei Nachrichten kirchlichen Inhaltes will ich abschließen. Von einem missions-wissenschaftlichen Kurs in Einsiedeln wird berichtet (Schwyzer Zeitung vom 14. Herbstmonat), der Kardinal von Rossum (wohl Holländer) habe eine deutsche Ansprache gehalten und den päpstlichen Segen erteilt. Vom Heil. Vater selbst aber, den ich wegen seiner gelegentlichen Anwendung unserer Sprache schon früher einmal erwähnt habe, weiß ein anderes Blatt (Der Morgen, Olten, vom 8. Herbstmonat) zu erzählen, wie gut er deutsch könne, welche Mühe er sich damit schon als junger Priester gegeben habe und wie gern und oft er bei passender Gelegenheit sich des Deutschen bediene.